

OSTTHÜRINGER Zeitung



Anzeige

Die Besten 10 Kostenlosen Antivirenprogramme 2018. Wer ist am besten bewertet?

My Antivirus Review



Warum Bodo Ramelow in Kahla nicht die Geduld verlor



Die beliebtesten Ausflugsziele in Thüringen

empfohlen von

Nach dem Aus in Bayern: Noch bleiben Straßenausbaubeiträge in Thüringen

Bayern lässt die „Strabs“ fallen. So drollig lautet im Nachbarfreistaat das Kürzel für Straßenausbaubeiträge. Wenn Bayern sie abschafft, sollte es Thüringen ebenso können, fordert die Bürgerallianz.

04. April 2018 / 05:37 Uhr



Symbolbild Foto: Martin Gerlach

Erfurt. Die bayerische Volkspartei CSU schafft die Beiträge für kommunalen Straßenausbau ab. Nicht aus Nächstenliebe zu betroffenen Grundstücksbesitzern, sondern wegen eines drohenden Volksbegehrens. Die Freien Wähler haben bereits rund 190 000 Unterschriften beibringen können, wo 25 000 für die erste Stufe gereicht hätten. Wegen der Landtagswahl im Herbst ist die CSU alarmiert.

Die Geschehnisse in Bayern befeuern erneut den alten Streit um Kommunalabgaben in Thüringen. Die „Bürgerallianz“, die sich seit 20 Jahren gegen „Zwangsbeiträge“ für Abwasseranlagen und grundhafte Straßensanierung wehrt, bekräftigte in einem Offenen Brief an die Landesregierung ihren Standpunkt, dass Kommunen auf die Beitragserhebungen endlich ganz verzichten sollen.

Vor allem die Linke unterstützt diese Forderung. Sie konnte sich damit jedoch bisher gegen den Regierungspartner SPD nicht durchsetzen. Nach langen koalitionsinternen Debatten einigte sich Rot-Rot-Grün im Vorjahr auf einen Kompromiss. Das Thüringer Kommunalabgabengesetz erlaubt es den Gemeinden ab 2019, in eigenem Ermessen Beiträge von Grundstückseigentümern zu erheben. Allerdings nur unter Bedingungen: Wer die Straßenanlieger stark entlasten oder komplett von anteiliger Finanzierung der Straßensanierung befreien will, muss einen ausgeglichenen Gemeindehaushalt vorweisen können. Außerdem darf die Gemeinde die vergangenen drei Jahre keine Bedarfszuweisungen aus dem Sondertopf für besonders klamme Kommunen erhalten haben. „Etwa 750 Gemeinden erfüllen diese Voraussetzungen“, schätzt der Linke-Abgeordnete und Kommunalexperte Frank Kuschel.

Für Wolfgang Kleindienst, Vorsitzender der Bürgerallianz, kann das lediglich eine Übergangslösung sein. Sein Dachverband für Bürgerinitiativen werde für alle kommenden Thüringer Wahlen Empfehlungen aussprechen, welche Parteien sich für Abschaffung der Beiträge einsetzten, droht der Ostthüringer. Auch der Gemeinde- und Städtebund ist mit dem Kompromiss unzufrieden. Er schaffe ein Zweiklassenrecht, monierte der kommunale Spitzenverband und will eine Verfassungsklage in Erwägung ziehen.

Ähnliche Bestrebungen gibt es wegen der umstrittenen Beiträge in Hessen. Baden-Württemberg, Berlin und Hamburg haben die Ausbaubeiträge bereits abgeschafft. In Bayern will offenbar das Land in die entstehende Finanzierungslücke springen. Für Thüringen schlägt der Linke-Abgeordnete Kuschel vor, die jährlich rund 15 Millionen Euro, die von den Grundstücksanliegern kommen, zwischen Land und Kommunen zu teilen. Dann hätte auch der Freistaat den Ärger ein für allemal vom Tisch.

🔗 Leitartikel: Abschaffung der Straßenausbaubeiträge? Vor den Folgen sei gewarnt
<ZoRo14,6373878>

Volkhard Paczulla / 04.04.18

ZoRo14,6373492